

Annoncen-
Annahme-Bureaus
In Posen an der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 16.)
bei C. H. Ulrich & Co.
Breitestraße 14,
in Gnesen bei Ch. Spindler,
im Grätz bei L. Streisand,
in Breslau bei Emil Rabath.

Posener Zeitung.

Achtzigster Jahrgang.

Mr. 169. Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierjährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Donnerstag, 8. März
(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgeschwerte Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Wochens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1877.

Amtliches.

Berlin, 7. März. Der König hat dem Rittergutsbesitzer Grafen v. Blankensee-Fürck auf Wugarten im Kreise Friedeberg N.W. den lgl. Kt.-Ord. 2. Kl. verliehen.

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 7. März.

Gegen die Hasenclever'sche Wahl im 6. Berliner Reichstagswahlbezirk sind bekanntlich von der betreffenden Abtheilung Bedenken erhoben und die Alten der Wahlprüfungscommission übergeben worden. Durch dieselben wird festgestellt, daß in der Verlebergerstraße 5 Häuser mit 59 Wählern nicht in die Wahlliste des Wahlbezirks am Hamburger Bahnhof aufgenommen worden sind, sondern aus Versehen in die Moabit-Wahlbezirksliste. Bekanntlich ist Hasenclever mit 21 Stimmen Mehrheit gewählt, und der Wahlkommissar am Hamburger Bahnhof will eiligst bekräftigen, daß mindestens 30 Wähler aus jenen 5 Häusern sich bei ihm melden, aber zum Wahlsatz nicht zugelassen werden könnten. Die Kassierung der Wahl ist deshalb unvermeidlich und Berlin wird von Neuem den Wahlkampf entbrennen sehen. Von der abormaligen Kandidatur Dr. Banks ist keine Rede mehr, sondern die Fortschrittsleute denken daran, Professor Birchow aufzustellen. Die „Nat. Z.“ bemerkt dazu: „Da es außer der Fortschrittspartei und den Sozialdemokraten im 6. Berliner Reichstagswahlkreis noch andere Parteien giebt, sollte man meinen, würde es sich empfehlen, von Seiten der Fortschrittspartei nicht ohne Weiteres ohne den Versuch einer Verständigung mit diesen Parteien vorzugehen.“

Auf Einladung der Abgeordneten Dr. Löwe, Freiherr von Barnbüler und Stumm hatte sich, wie wir dem „B. Tgbl.“ entnehmen, am 5. d. eine Anzahl Abgeordneter zu einer Besprechung über die Eisenzollfrage im Reichstage versammelt. Man ist zu bestimmten Beschlusssitzungen nicht gekommen. Zur vorläufigen Besprechung gelangte nur ein Antrag, den Eisenzoll wieder einzuführen in der Höhe und für die Artikel, wie er sich gestellt haben würde, wenn die von der Regierung in der letzten Session eingeführte Vorlage über die Ausgleichsabgaben Gesetzeskraft erlangt hätte. Soviel wurde eine umfassende Enquete vorgeschlagen, um die Grundlagen für die Feststellung des Tarifs bei dem Abschluß der Handelsverträge zu gewinnen. Endlich ist eine Interpellation an die Regierung beantragt worden, ob sie in die neuen Verträge die Klausel der meistbegünstigten Nation aufnehmen wird. Die Berathungen sollen in den nächsten Tagen fortgesetzt werden.

Angesichts der großen Notlage der Arbeiter jenseit des Oceans, die seit einiger Zeit die Ausgewanderten scharenweise im größten Glanz wieder in ihre Heimat zurückwandern läßt, entblödet sich das Komitee zum Schutze der katholischen Auswanderer, an dessen Spitze Fürst Karl zu Isenburg in Birkenfeld am Main steht, nicht, fortgesetzt durch Inserate in vielen ultramontanen Blättern seine Glaubensgenossen zur Auswanderung anzuregen. Es wird ihnen in diesen Inseraten der Schutz von Vertrauensmännern unentgeltlich zugesichert und zum Schluß bemerkt, daß die Auswanderer sich ihnen „ganz rubig“ anvertrauen können. Diese Vertrauensmänner sind in den Seestädten stationiert und in den Anzeigen nachhaltig gemacht. Um möglichst viele zu diesem bedenklichen Schritt zu bewegen, sollen auch die Geistlichen erachtet werden, die Vortheile der Auswanderung den Auswanderungslustigen plausibel zu machen. So werden sicher diese verlockenden Inserate und die etwaigen mündlichen Überredungen nicht geringe Wirkungen haben, und es wird der Präsident des Vereins zum Schutze der Auswanderer am Schlusse des Jahres im Stande sein, eine erledigte Zahl zu nennen, welche in Folge seines Einflusses das deutsche Vaterland verlassen haben, in der sich meistens als irrig erweisen wird. Meinung, in Amerika wären goldene Berge zu finden. Und dieses Material wird gelegentlich dazu verwandt, um in einer Rede im Abgeordnetenhaus zu erklären, daß so und so viele deutsche glaubenstreue Katholiken wegen der Kirchengesetze ihr Vaterland verlassen haben. Dieses verwerfliche Treiben hat auch in Aachen, wie man der „Westf. Tg.“ schreibt, bereits Resultate aufzuweisen, wo begreiflicherweise ein recht ergiebiges Feld für derartige Agitationen vorhanden ist.

Vor einigen Tagen hatte der Landtags-Abgeordnete Bruns aus Emden eine Audienz beim Finanzminister, in welcher er für günstigere Bedingungen, als die die Erklärungen des Regierungskommissars im Abgeordnetenhaus für die emdener Höhringsfischerei eröffneten, plaidierte. Das Ergebnis der Audienz war, der „Trib.“ aufgeht, ein befriedigendes, um so mehr, als zu erwarten steht, daß auch der landwirtschaftliche Minister Dr. Friedenthal, in dessen Kabinett die Seeischeret gehörte, seine unterstützende Mitwirkung nicht versagen wird.

Von Bern aus ist dieser Tage das vierte Heft des „Globus im Exil“, des Organs des Herrn Joachim Gehlken, verendet worden. Allem Anschein nach dürfte dasselbe das Schicksal seiner Vorgänger in Deutschland, das Schicksal, polizeilich konfisziert zu werden, denn auch dieses Heft enthält, dem „B. Tg. C.“ zufolge, heimlich wieder Dinge, die die Preßpolizei häufig in Deutschland nicht verbreiten lassen wird. An der Spitze des Heftes figurirt die Mithaltung, das Herrn Gehlken von Neuem zehn Anklagen angegangen sind, wegen derer er sich am 12. März vor dem berlischen Stadt-Gericht verantworten soll. Selbstredend wird er nicht erscheinen.

Köln, 4. März. Eine hente unter dem Vorstehe des Kaufmanns R. Münn auf dem Gürzenich tagende, von mehreren Tausend Bürgern besuchte Versammlung hat einstimmig folgende Petition beschlossen: „In Erwägung, daß die alten Festungsarbeiten der

Stadt Köln städtischen Ursprungs sind, ebenso wie städtisches Eigentum waren, wie geblieben sind, und daher jetzt, wo sie bei der Erweiterung der Festung Köln für ihre früheren Zwecke entbehrlich werden, der Stadtgemeinde Köln zurückgegeben werden müssen, in fernerer Erwägung, daß die Entwicklung der Stadt Köln seither durch die Festungsbeigenschaft zum größten Nachtheil der gesamten Bürgerschaft zurückgehalten worden und auch nach der Erweiterung dauernd geschädigt wird, beschließt die heute auf dem Gürzenich zu mehreren Tausend Personen tagende Bürgerversammlung, den deutschen Reichstag zu bitten, bei der Reichsregierung dahin zu wirken und das Gesuch zu stellen, der Stadtgemeinde Köln die bei der Erweiterung entbehrlich werdenden Festungsarbeiten, und zwar die älteren als städtisches Eigentum, sofort zurückzugeben, die seit 1816 von der lgl. preußischen Regierung eingebauten aber gegen billige Entschädigung abzugeben.“ Gegen den Willen der Bürgerschaft batte die Stadtverordneten-Versammlung mit schwacher Majorität beschlossen, der Militärverwaltung eine Abfindung von neun Millionen Mark zu bieten. Gegenwärtig unterhandelt eine Deputation, bestehend aus den Herren Oberbürgermeister Dr. Becker und den Stadtverordneten Koenig und Nagelshmidt, in Berlin mit dem Kriegsminister.

Mainz, 1. März. Der prächtige Akademiesaal des alten kurfürstlichen Schlosses (so genannt, weil der letzte Kurfürst Friedrich Karl in demselben schöngeistige Vorlesungen und musikalische Aufführungen — „Akademien“ — veranstaltete) war heute die Stätte einer für unsere Stadt höchst bedeutungsvollen Feierlichkeit. Zu derselben hatten sich die Direktoren und Mitglieder der Ministerien von Darmstadt (mit Ausnahme des erkrankten Ministerpräsidenten), das Festungsgouvernement, das Offizierkorps, sowie sämtliche bürgerliche und geistliche Behörden und Korporationen, die Vertreter der Verkehrsanstalten u. s. w. nebst einem zahlreichen Publikum aus dem Bürgerstande versammelt. Nach Eröffnung des Alters durch die städtische Kapelle mit der Ouverture zu Weber's „Oberon“ ergriff der Gouverneur, General v. Pruzelius, das Wort, um im „böckigen Auftrag des Kaisers“ die Feier zu eröffnen der sogenannten „Gartenfronte“, welche die Stadt für vier Millionen Gulden erworben hat, an die sie mit allen Eigentumsrechten abtreten. Nachdem der Gouverneur mit dem Wunsche geschlossen hatte, daß Gott das Werk der Erweiterung der Stadt segnen möge, erwiederte der Oberbürgermeister mit warmen Worten des Dankes an alle Förderer der Sache und schloß mit lebhaft erwiderter Hochrufen auf den Kaiser und den Großherzog. Die Feier schloß mit der Besichtigung der bereits begonnenen Niederlegung der Wälle und Strafen, sowie der Kanalisierungsarbeiten des Neustadt-Terrains. Die Stadt erhält für obige Summe 4½ Hektaren Land, welche einen VerkaufsWerth von mindestens 11 Millionen Mark repräsentieren, abzüglich des Strafenterrains. Zu den 125 Hektaren Fläche der Altstadt gelangten im Ganzen innerhalb der Festung noch 234 Hektaren, wodurch jene 51½ Hektaren Stadtbasis sind. Hiermit nimmt die nothwendige fortwährende Bebauung, die in den Jahren 1866 bis 1870 im Interesse der Sicherheit des heimatlichen heiligen Reiches deutlicher Nation um die Stadt gelegt, ihren Wohlstand und ihre Entwicklung hemmenden Schnürgürtel von Festungswällen zu durchbrechen, ihren glücklichen Abschluß. Der finanzielle Stand des großartigen Unternehmens ist gut. Der Großherzog hat die Würksamkeit der städtischen wie der militärischen Beamten durch Verleihung von Orden und Ehrentiteln anerkannt. (A. A. Z.)

Paris, 4. März. Das Debüt, mit welchem Herr Thiers anlässlich des auf Eröffnung der militärischen Dienstzeit abzielenden Antrages des Deputirten Laisant wiederum in die politische Arena getreten ist, wird nicht blos von den Gegnern des ehemaligen Präsidenten der Republik als ein Fiasco angesehen. Insbesondere befremdet allgemein die Kritik, welcher Thiers die deutschen militärischen Einrichtungen unterzogen hat, zumal dieselbe mit den offenkundigen Thatsachen in direktem Widerspruch steht. Wo hat er z. B. die achtzehnmonatliche Dienstzeit entdeckt, welche Fürst Bismarck, den er wunderlicher Weise als den Schöpfer der preußischen Heeresorganisation hinstellt, bei seinem Amtsantritt vorgefunden hätte? Was soll man vollends von der im Ausschuß aufgestellten Behauptung denken, daß auch Preußen, „wenn es nur könnte“, die allgemeine Wehrpflicht gern gegen das frühere französische System der Berufsarmee mit siebenjähriger Dienstzeit und Stellvertretung vertauschen würde? Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Vorschläge des Präsidenten im Ausschuß ebensowenig durchdringen wie diejenigen des Herrn Laisant, welcher die dreijährige Dienstzeit in Frankreich eingeschafft wissen will. Der „Temps“ führt in dieser Hinsicht aus: „Von elf Mitgliedern sind sechs dem Antrage entgegen, unzweifelhaft weniger im Prinzip, als weil sie ein bestehendes, obschon mangelschafes System einer Systemveränderung vorziehen, wenn es sich um Einrichtungen handelt, welche vor Allem der Dauerhaftigkeit bedürfen.“ Die „République Française“, das Organ Gambetta's, welcher für seinen Theil den Laisantschen Antrag nur als „inopportunit“ verurtheilt, zieht gegen Herrn Thiers mit großer Entschiedenheit zu Felde und bemerkt nicht ohne Sarkasmus:

„Seit dem Tode des Generals Changarnier ist Herr Thiers wahrscheinlich der letzte Vertreter einer Schule, welche von den neuesten Ereignissen furchtbare Dementis erfahren hat. Man sollte zum Mindesten glauben, daß sie die brutale Lehre der Thatsachen bebereitet hätte; das ist aber allem Anschein nach nicht der Fall. Herr Thiers verlangt ganz unverkennbar die Rückkehr zu dem Gesetz von 1832: siebenjährige Dienstzeit mit Stellvertretung, das ist für ihn die offensbare und unverhüllte Wahrheit. Herr Thiers hält an der Überzeugung fest, daß die preußische Heereseinrichtung eine ohnmächtige ist, die vor dem ersten Kanonenblitz in Staub zerstieß, daß die starlen Bestände der preußischen Armee eine reine Phantasmaserie sind. Er rasoniert genau, wie er vor Sadova gehan, als ob wir die preußische Heeresverfassung gar nicht in der Praxis kennen gelernt hätten; die Thatsache, welche seinen Prophesiebeweisen widersprechen, schiebt er verächtlich bei Seite. . . . Was den Feldmarschall von Moltke betrifft, so ist dieser nur ein eingebildetes Wesen, und Herr Thiers scheint ganz bereit, zu bezeugen, daß seine Armee niemals existirt hat. So gelangt der berühmte Staatsmann zu dem Schlusse, daß sein Jahrhundert gar zu sehr von sich selbst behört sei. Es gibt Fälle, in welchen das bewährteste persönliche Urtheil, das man sich nur denken kann, gegen die gebietserhebliche Lehre der Thatsachen nicht aufkommt und eine Nation aus den bestandenen Prüfungen mehr leint, als ihr die gepric-

senste, in der Stille des Kabinetts und fern von hellen Tageslicht gewonnene Erfahrung bieten kann. Das heutige Frankreich ist nicht betört; es hat im Gegenheil sehr rasch und unter Schmerzen die Illusionen verloren, in die es eine falsche Weisheit gewiegt hatte. Es kennt den ganzen Preis dieser Enttäuschung; es weiß, was Alles ihm noch fehlt. Es ist nicht geneigt, sich noch einmal von den Schildträgern eines Systems einzulullen zu lassen, welches sich in der Stunde der Gefahr unfruchtbare gezeigt hat, von Männern, die ihre absprechenden Urtheile heute ohne Verhängnis wiederholen und die Schuld an unserem Unglück auf das Verhängnis, auf den Zufall, auf alle schlechten Ausflüchte der Anwälte einer verlorenen Sache wälzen wollen. Wir fürchten nicht, daß der so unerwartete Versuch des Herrn Thiers, eine veraltete Theorie zu galvanisiren, den geringsten Nutzen auf den Ausschluß oder auf die Kammer übe, daß sie den mindesten Beistand in der Armee oder im Lande finde. Aber Frankreich hat die Lehren des Unfalls zu thieuer bezahlt, als daß man glauben lassen sollte, es hätte sie nicht bebezigt und die verdiente Hochachtung, welche das Greisenalter des Herrn Thiers umgibt, darf Niemand darüber täuschen, daß er vollkommen allein steht in dieser Frage, die für unser Land nur allzu wörlig eine Frage um Tod und Leben ist.“

Der herbe Ton dieser Ausführungen dürfte zum Theil darauf zurückzuführen sein, daß Gambetta in dem ehemaligen Präsidenten der Republik noch immer einen Nebenbuhler für seine eigenen ehrgeizigen Pläne flüchtet. — Die bonapartistische Presse von Paris befindet sich in einer Krisis. Schon hat sich Jules Richard von der Redaktion des „Ordre“ zurückgezogen, die nun in den Händen des anspruchslosen Jules Amigues verbleibt. Nun ist aber ferner davon die Rede, daß mehrere andere Organe der Partei, so die „Nation“, der seit einigen Wochen von Clement Duvernois redigierte „Salut“ und der „Petit Caporal“ mit dem „Ordre“ zu einem Blatte verschmolzen werden sollen. Die Partei würde dann in der pariser Presse nur durch den diplomatisch kühlen „Ordre“ und den auf eigene Faust im Bordertreffen kämpfenden „Bœufs“ vertreten sein.

Die pariser geographisch Geschäft hat die traurige Kunde erhalten, daß eines ihrer verdientesten und thätigsten Mitglieder, der Marquis von Compiegne, in Kairo, als er eben im Begriff war, eine neue Forschungsreise nach dem Innern Afrikas anzutreten, im Duell getötet worden ist. Die näheren Umstände des Zweikampfs sind noch nicht bekannt. Der Marquis von Compiegne, unter den französischen Afrikareisenden sehr geschätzt, war erst dreißig Jahre alt.

Die Gemahlin des unter dem Kaiserreich zum Herzog von Montmorency erhobenen Herrn Adalbert von Talleyrand-Berigord wurde gestern, als sie, vom Ball zurückgekehrt, sich vor dem Kabinett ihres Schafzimmers entkleidete, von den Flammen ergreift und gab, nachdem ihre Kammerfrau sich vergebens bemüht hatte, ihr die brennenden Stoffe vom Leibe zu reißen, nach furchtbaren Leiden den Geist auf. Die Herzogin von Montmorency war eine geborene Aguado de Las Marismas und erst seit wenigen Jahren verheirathet; sie hinterläßt eine Tochter.

Nom. Neben die Mittheilungen der „Italienischen Nachrichten“ betreffend die angeblichen Bestimmungen bezüglich des Conclaves äußert „. . .“ nun auch die „Kölner Tg.“ sehr skeptisch und bezeichnet sie als wahrscheinlich nur „müßige Erfindung.“ In der speziellen Begründung dieser Ansicht äußert sich das Blatt wie folgt:

Alle die angeblichen „Bestimmungen“ Seitens des heiligen Kollegiums sind theilweise so revolutionär und theilweise so selbstverständlich, daß uns eine Beratung und Beschlussfassung über dieselben innerhalb jenes Kollegiums höchst unabhärscheinlich wird. Es ist zwar zu gestehen, daß vielleicht nie ein Papst ein so lebhaftes Interesse wie Pius IX. gehabt hat, einen Nachfolger nach seinem Herzen und von seiner Richtung auf den Stuhl Petri zu bringen; aber er weiß sehr wohl, daß ein Einfluß nach dieser Seite hin ausschließlich durch die Gründäße, welche bei der Ergänzung des heiligen Kollegiums, also bei Ernennung neuer Kardinäle, maßgebend sind, geübt werden kann, keineswegs aber durch etwaige Änderungen der schon Jahrhunderte alten Wahlformen. Und zu den bekannten Abneigungen der Curie gegen eine Aenderung der einmal bestehenden Formen überhaupt kommt in diesem Falle noch der richtige Instinkt hinzu, welcher sie lehrt, daß eine jetzt herbeigeführte Aenderung sehr leicht den Gegnern erwünschte Handhabe bieten könnte, um die Gültigkeit der Wahl als solche anzufechten. Mit Rücksicht hierauf müssen wir als höchst unwahrscheinlich erklären, was die Italienischen Nachrichten behaupten: „von den Kardinälen seien alle bis jetzt in Bezug auf das Conclave erlassenen päpstlichen Bullen einer eingehenden Prüfung unterzogen und an deren Statt eine neue Fassung vereinbart worden, durch welche alle früheren bezüglichen Bestimmungen aufgehoben würden.“ Wir sehen dabei noch davon ab, daß die „eingehende Prüfung aller bis jetzt in Bezug auf das Conclave erlassenen päpstlichen Bullen“ eine riesenarbeit wäre, die sich kaum in Jahren bewältigen lassen würde. Sehen wir uns aber die übrigen angeblichen neuen Bestimmungen an, die nach den Italienischen Nachrichten merkwürdiger Weise von den Kardinälen allein, ohne Buziehung des Papstes und seiner Entscheidung, getroffen sein sollen, so enthalten sie fast nur ganz überflüssige Magna-Normen. „Es sei beschlossen worden, daß sofort nach dem Tode des Papstes alle Kardinäle zum Conclave einzuladen seien.“ Das braucht nicht beschlossen zu werden, sondern ist selbstverständlich und steht längst fest. Ferner: „daß die Ankunft der europäischen Kardinäle abgewartet werden müsse.“ Die seit Jahrhunderten unverrückt bestehenden Bestimmungen setzen den Zeitpunkt, und zwar den zehnten Tag nach dem Tode des Papstes, für den Beginn des Conclaves fest. Nach dieser Seite hin irgend eine Aenderung einzutreten zu lassen, dafür liegt schlechterdings kein Grund vor. Ferner: „es seien besondere Bestimmungen über die örtlichen Einrichtungen im Vatikan und strenge Maßregeln zur Verhütung jedes Verlecks nach außen hin vereinbart worden.“ Auch das ist alles längst festgelegt und mit der peinlichsten Genauigkeit, immer von dem Zeitpunkt aus, die wählenden Kardinäle sowohl von Einflüssen, die von außen her, als auch von solchen, die etwa innerhalb des Wahlkörpers selbst sich geltend machen könnten, möglichst abzuschließen. So bleibt denn als etwas Neues in den Entwicklungen der Italienischen Nachrichten nur Eins übrig, nämlich die Angabe: „bezüglich des Ortes für den Zusammentritt hätte das Kollegium mit allen gegen zwei Stimmen beschlossen, daß das Conclave in Rom stattfinden solle, wofern nicht besondere Ereignisse die Abhaltung desselben an diesem Ort unmöglich machen. Die beiden nicht stimmenden Kardinäle wären der Ansicht gewesen, daß das Conclave im Auslande zusammentreten sollte.“ Ist diese Mittheilung begründet, so liegt darin ein sehr deutliches Vertrauensvotum für die italienische Regierung und für die neue Ordnung der Dinge in Rom überhaupt. Wenn man im Verlauf des zweiten oder auch noch des dritten Jahres nach der Erhebung Roms zur Hauptstadt Italiens das heilige Kollegium nach dieser Seite

hin gefragt hätte, so würde zwar die schließliche Entscheidung auch für Rom als Ort der Konklave ausgesessen sein, aber die Zahl der dagegen Stimmbenden möchte doch weit mehr als bloß zwei betragen haben.

Kopenhagen. Nachdem die Regierung der Frage, ob Arbeitslosigkeit im Lande herrsche und Maßregeln von Seiten des Staates erforderlich seien, hat sich gezeigt, daß eigentlich nur in der Hauptstadt Kopenhagen, wohin die Arbeitskräfte fortwährend zusammenfließen, von einem Mangel an Arbeitsangebot die Rede sein kann. In den Städten der Provinzen, namentlich auf Seeland und auf dem Lande, ist ein außergewöhnlicher Notstand gar nicht zu spüren. Wenn den Gemeinden, wie die Linke des Folkethings es will, eine Staatshilfe zur Verstärkung ihrer Armenverpflegungskasse gewährt würde, wüssten die Bürgermeister gar nicht, was sie mit dem Gelde anfangen sollten. Die Stadt Kopenhagen z. B., die etwa 2000 Kr. bekommen würde, wenn die Million, welche die Linke von Staats wegen schenken will, zur allgemeinen Vertheilung käme, hat während dieses Winters vom 1. November bis jetzt im Ganzen 34 Kr. aus ihrer Armenkasse zu bezahlen gehabt. Sollte sie etwa Leuten, die weder zu den Armen gehören noch hilfsbedürftig genannt werden können, auf Kosten des Staats oder richtiger sämtlicher Steuerzahler des Landes ein außerordentliches Geschenk machen? In Odense und Nyborg haben sich die Gemeinden bereit erklärt, den von der Regierung angebotenen verzinslichen Vorschuß anzunehmen und daraus die Kosten für Bauten (Schulen, Krankenhaus, Armenhaus etc.) zu bestreiten.

Kolo. 3. März. [Militärisches.] Futtermannsge. Nach den Vorkehrungen, welche auf dem militärischen Verwaltungsgebiet getroffen werden, zu urtheilen, dürften wir recht bald eine größere Besatzung zu erwarten haben. In Bezug auf die alljährlich bei Warschau, Posen und Margonit üblichen Lagerübungen weiß man noch nichts Bestimmtes, nur verlautet, daß vor Mitte März die Übungen nicht beginnen und auch nicht in solcher Ausdehnung stattfinden werden, wie es sonst und besonders im vorigen Jahre der Fall gewesen. — Die Klagen über Futtermangel auf den Dörfern nehmen zu, und nicht nur das Vieh der Bauernwirthe sondern auch vieler Dominien leidet Noth. Stellenweise kann das Heu, welches auf den Wiesen des Warthebruchs aufgeschobert steht, gar nicht abgeföhren werden, weil die Wiesen theils überschwemmt oder wegen Mangel an Frostwetter sumpfig und unzugänglich sind.

Konstantinopel. Der augenblickliche Stand der orientalischen Frage wird von einem Berliner Correspondenten der "Kölner Zeitung" wie folgt dargelegt:

Vor ungefähr acht bis zehn Tagen wurde bekannt, Russland habe in London vertraulich daran erinnert, daß sein Rundschreiben vom Ende Januar noch nicht beantwortet sei. Bei dieser Gelegenheit oder in Folge davon gab England zu bedenken, ob eine Frist für die Türkei von etwa einem Jahre zur Ausführung der Reformen nicht angemessen sein würde. Russland habe das nicht unbedingt von der Hand gewiesen, aber vorausgesetzt, daß die Mächte eine Gesamtgarantie für eine gemeinsame Aktion (lies Zwangsmafregeln), wenn die Frist ergebnislos verstreichen sollte, im voraus übernehmen sollten. Dann könne der Krieg vermieden werden. England wollte und konnte aber jene von Russland verlangte Garantie nicht übernehmen und damit war die Sache vorläufig erledigt. Findet man noch weiterhin eine Garantie, welche die Türkei bewilligt und Russland als genügend annimmt, so haben wir den Frieden. Bis dahin handelt es sich um Wünsche, Hoffnungen, Spekulationen, aber noch nicht um Thatsfachen. England möchte der Türkei einen Krieg erwidern. Russland, wenn es abrüsten und Frieden halten soll, verlangt eine nicht etwa nur moralische, sondern eventuell aktive Garantie Europas. Ob Ignatoff bei seiner Rundreise diese Gesamtgarantie wirklich zu Stande bringen will, wie das vermutet wird, und ob es ihm gelingt, muß sich zeigen. Dann würde es sich um die Zustimmung der Türkei handeln und es ist ein seltsames Zusammentreffen, daß auch von Konstantinopel aus die Mission eines höheren Beamten bei den Mächten telegraphisch angezeigt wird.

Weiter wird denselben Blatte gemeldet:

Privatnachrichten aus London laufen friedlich, ohne daß bestimmte Thatsachen angeführt werden. Graf Schwalow soll indessen gefürchtet haben, wenn eine Unvorsichtigkeit der Türkei nicht zwischenfände, dürfe jetzt auf eine friedliche Lösung gehofft werden.

Einer Meldung der "Polit. Korresp." aus Serajewo vom 22. Februar zufolge sind die Feindseligkeiten zwischen den Aufständischen und den Türken wieder eröffnet. Die Barden sind grüger als im verflossenen Herbst. In den Dörfern Pilane, Kotorska, Polje, Grabowitsa und im Derventer Kadikul sind Treffen geliefert worden, bei denen mehr oder weniger Tote und Verwundete auf beiden Seiten waren. Die Türken blieben allenfalls Sieger. — Aus Teheran, 2. Februar, wird denselben Blatte geschrieben, daß Persien Anprüche auf die Provinz Bagdad zu machen gedenke und die Kabinette der europäischen Großmächte durch einen Diplomaten, Djonger Khan, aushorchen lasse. Falls die Sendung fruchtlos sei, würde Persien als Verbündeter Russlands zum Schwerte greifen. Zwei Armee-Corps (38,000 Mann) seien bereits mobilisiert in Uruja und Kermanschah zusammengezogen.

Über die Abberufung der englischen Flotte aus dem Piräus und deren Konzentrierung in Malta schreibt man dem offiziösen wiener "Fremdenblatt":

Ob die Russen den Bruth überschreiten werden oder nicht, darüber ist noch nichts Bestimmtes bekannt, indessen fährt England fort, seine Vorsichtsmafregeln zu treffen, gleichsam, als sei der Ausbruch des russisch-türkischen Krieges ständig zu erwarten, und da es diesen Krieg, falls er wirklich ausbricht, gerne lokalisiert sehen möchte, so hat es sich nun entschlossen, auch seine Flotte aus der Nähe des eventuellen türkisch-russischen Kriegsschauplatzes abzuwerfen. Dieses dürfte zur Folge haben, daß nun auch Griechenland neutral bleiben wird. In Konstantinopel ist man daher über die Abfahrt der englischen Flotte nach Malta vollkommen beruhigt, zumal dieselbe, binnen vierundzwanzig Stunden, wenn die Noth es erheischen sollte, wieder vor den Dardanellen liegen kann.

Washington. Der seit dem hundertjährigen Bestehen der amerikanischen Union noch nicht dagewesene Fall, daß ein Deutscher Minister der großen Republik wird, schien noch nicht vor seiner Verwirklichung auf Schwierigkeiten stoßen zu wollen. Gegen Karl Schurz, der wie der Telegraph meldete von Präsident Hayes zum Minister des Innern ernannt ist, hatte sich eine heftige Opposition erhoben, deren Erfolg freilich nicht nachhaltig war. Bei der geachteten Stellung unseres Landsmannes in der Union, bei der Beliebtheit, deren der selbe sich auch in den exklusiven Kreisen des Vollblut-Yankeeumts erfreute, wäre dieser plötzliche Umschlag der öffentlichen Meinung unerklärlich gewesen, wenn nicht die Mittheilungen, welche über die Haltung Karl Schurz in den Wahlstümern des letzten Jahres laut wurden, einiges Licht in diese Angelegenheit zu bringen geeignet erschienen. Karl Schurz war vor Jahresfrist einer der ersten Männer

Nordamerika's, welche in Erkenntnis und im Ausdruck des allgemeinen Volksbewußtseins, die beiden alten großen Parteien der Republikaner und Demokraten für verbraucht erklärt und sich zu dem Versuche der Bildung einer neuen Zukunftspartei, auf deren Fahnen die Ausrottung der Beamtenkorruption und die Befriedigung der wirtschaftspolitischen Bedürfnisse des Landes geschrieben standen, zusammenschlossen. Dieser Versuch mißlang befannlich, mißlang aber vorzugsweise deshalb, weil die meisten Führer ihren Plänen durch Lockungen der einen oder der anderen der alten Parteien absprangten. Zu ihnen zählte damals auch Karl Schurz, der plötzlich und zu nicht geringer Überraschung namentlich der Deutsch-Amerikaner mit Klingendem Spiel ins Lager der Republikaner überging. Schon damals wurden Gerüchte laut, nach welchen Schurz zwar nicht um groben materiellen Gewinnes, aber für das ihm gemachte Angebot eines Portefeuilles sich von Hayes kaufen ließ. Die Richtigkeit jener Nachricht wollte man im vorigen Jahre leugnen; jetzt liegt die Bestätigung in der Ministerkandidatur unseres Landsmannes vor. Es ist ein altes Ding und man hat's daheim oft genug erlebt, daß Treue gegen sich selbst und gegen die politische Überzeugung vor den Lockungen des Ehrgeizes nicht Stand hält; aber es ist wohl erlaubt, im Einzelfalle, wie hier, Trauer darüber zu empfinden.

Der Obertribunalsscheid in Sachen Kantecki

lautet nach der "Germania" wie folgt:

Berlin, den 28. Februar 1877.

Die von Ihnen erhobene Beschwerde über die hierbei zurückliegende Verfügung des königl. Appellationsgerichts zu Posen vom 5. d. M. kann für begründet nicht erachtet werden.

Die Befugnis der kaiserlichen Oberpostdirektion zu Bromberg zum disziplinarischen Einschreiten gegen einen Postbeamten, welcher sich durch Verlegung des Amtsgeheimnisses eines Dienstvergehens schuldig gemacht hat, ist von dem königlichen Appellationsgericht ausreichlich aufgetreffenden Gründen angenommen worden und in der Beschwerde selbst nicht weiter in Frage gestellt. Die Beschwerde beruht vielmehr auf der Ausführung, daß, da der Beschwerdeführer eindlich erhärtet habe, die Mittheilung, in deren Verbreitung eine Verlegung der Amtsverschwiegenheit gefunden wird, nicht von einem Postbeamten erhalten zu haben, hierdurch die Zuständigkeit der Oberpostdirektion bestätigt sei.

Wenn das königliche Appellationsgericht dieser Auffassung nicht beigetreten ist, so kann hierin ein Rechtsirrtum nicht gefunden werden. Nicht das requirierte Gericht, sondern die requirrende Disziplinarbehörde hat zu prüfen, ob durch die eingeschränkte Auslassung des Zeugen der Gegenstand seiner Vernehmung erschöpft oder für die Frage nach der Anwendung des Disziplinar Gesetzes noch eine weitere Vernehmung über die Person, von welcher die Mittheilung herrißt, erforderlich sei.

Könnte aber selbst das Gericht, welches um Vernehmung des Zeugen ersucht worden ist, zu dieser Prüfung für zuständig erachtet werden, so würde gleichwohl die Annahme, daß durch die nur negative Aussage des Zeugen (dass die Person, welche ihm die Mittheilung gemacht hat, kein Postbeamter sei) das Beweisthema nicht erschöpft ist, nicht für rechtsirrtümlich erachtet werden, da jeder Zeuge verpflichtet ist, eine getreue und vollständige Aussage abzugeben — § 320 Krim.-Ordn. — und außer den hier nicht zutreffenden Fällen des § 313 der Krim.-Ordn. zur Weigerung des Zeugnisses nicht berechtigt, insbesondere nicht aus dem Grunde berechtigt ist, weil ihm gewisse Umstände unerheblich erscheinen. Es könnte ferner, wenn die Erblichkeit der weiteren Vernehmung von den Instanzrichtern zu prüfen wäre und gegen ihre Entscheidung, eine Beschwerde an das Ober-Tribunal nach Art. 13 des Gesetzes vom 3. Mai 1852 für zulässig erachtet würde, keinem Bedenken unterliegen, daß das Verlangen der Disziplinarbehörde nach Vernehmung des Zeugen über die Person, von welcher ihm die Mittheilung gemacht worden ist, ein vollkommen gerechtfertigtes ist, da es durchaus innerhalb der Aufgabe des Disziplinarverfahrens liegt, durch Ermittlung jener Person auf die Quelle der Mittheilung zurückzugehen und dieselbe zu ergründen.

Hier nach ist die Anwendung von Zwangsmafregeln zur Herbeiführung Ihrer weiteren Auslassung gesetzlich begründet.

Auch die eventuelle Beschwerde darüber, daß das königliche Appellationsgericht es abgelehnt habe, eine nach ihrer Dauer bestimmte Strafe gegen Sie festzulegen, kann für gerechtfertigt nicht erachtet werden.

Die angefochtene Verfügung enthält nicht, wie in der Beschwerde vorausgesetzt ist, den Rechtsgrund, daß Ihre Haft bei Fortdauer der Weigerung bis zur Ablegung des Zeugnisses fortgesetzt werden müsse. Dieselbe enthält vielmehr nur die Erklärung, daß die gegenwärtige Lage der Sache keinen Anhalt biete, um die Dauer der gegen Sie angewandten Zwangsmafregeln zu bestimmen. Hierin ist eine Gesetzesverlegung nicht zu finden, da der § 312 der Kriminal-Ordnung eine Begrenzung der anzuwendenden Geld- und Gefängnisstrafen nicht für angemessen erachtet hat und es hier nach der Prüfung der Sachlage im einzelnen Falle anheimfällt, zu bestimmen, ob von der Fortsetzung der Zwangsmafregeln der vom Gesetze gewollte Erfolg zu erwarten sei.

Eine Beschwerde über diese Frage des Ermessens ist nach Art. 13 des Gesetzes vom 3. Mai 1852 nicht zulässig. Endlich ist auch die Behauptung, daß ein etwaiges Vergehen eines Postbeamten verjährt sein würde, zur Begründung der Beschwerde nicht geeignet. Die Frage, ob die Verjährung vollendet sei, könnte erst in dem Disziplinarverfahren selbst zur Erörterung kommen; dem Zeugen, welcher in dem Vorverfahren vernommen werden soll, steht ein Einwand in dieser Beziehung oder einer Weigerung des Zeugnisses wegen vermeintlicher Verjährung der That nicht zu.

Hier nach wird die Beschwerde zurückgewiesen, und haben Sie die Kosten dieses Bescheides mit 1 Mark an die Kasse des königlichen Kreisgerichts zu Posen zu zahlen.

v. Ingersleben.

An den Weltpriester Herrn Dr. Anton Kantecki

Posen.

Nr. 592 Cr. I.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 8. März.

r. In der Stadtverordnetenversammlung am 7. d. M. waren 21 Mitglieder anwesend; der Magistrat war durch den Oberbürgermeister Kohleis und die Stadträte v. Chlebowksi, L. Jaffe, Dr. Loppe, Kump vertreten; den Vorsitz führte Kommerzienrat Bernhard Jaffe. Es wird sofort in die Tagesordnung, auf welcher die Feststellung der Etats der Stadtgemeinde Posen für das Jahr 1877/78 steht, eingetreten.

Über den Etat für die Mittelschule berichtet Bankdirektor Käfowitz. Unter Tit. IV. der Einnahme, werden danach die Hebungen (Schulgeld etc.) von den Schülern und Schülerinnen, welche pro 1876 mit 22,945 M. berechnet waren, um 2219 M. höher angesetzt. Unter Tit. II. der Ausgabe: Befoldungen, kommen die 3000 M., welche für die erste Mittelschulreiter-Stelle an Gehalt und Wohnungsgeld-Zuschuß pro 1876 ausgesetzt waren, in Wegfall. Das Gehalt des Mittelschullehrers Franke wird (inkl. Wohnungsgeld-Zuschuß) auf 2100, das des Mittelschulherrers Lehmann auf 1950 M.

erhöht; als 10. Mittelschullehrer tritt Herr Meyer mit 1650 M. als 11. Hr. Grotian, als 12. Hr. Baumhauer, als 13. Hr. Markus, als 14. Hr. Marcinkowski mit je 1650 M. Gehalt inkl. Wohnungsgeld-Zuschuß. Es erhalten ferner die Lehrer Przybylski II. 1500 M. Waschbund 1500 M., Golling 1200 M., ein neu zu ernnender 1200 M. Bei dieser Gelegenheit verliest der Referent ein Anschreiben des Magistrats, in welchem derselbe beantragt, die in mehreren Petitionen der Lehrer gewünschte Erhöhung der Minimalgehalter zu genehmigen, dagegen die Abänderung der vor mehreren Jahren festgesetzten Gehaltsstala nach der Richtung, daß das Maximale Gehalt bereits mit 20, nicht mit 40 Jahren erreicht werde, abzulehnen. Es wird demgemäß beschlossen, das Gehalt der interimsförmig angestellten Lehrer von 900 auf 1050 Mark, das Gehalt der definitiv angestellten Lehrer von 900 auf 1,050 Mark, im 3. und 4. Jahre auf 1,050 und im 5. Jahre auf 1,125 Mark zu erhöhen, und den Wohnungsgeld-Zuschuß bei den definitiv angestellten Lehrern im 3., 4. und 5. Jahre auf 225 Mark festzusetzen. Dieser Beschluss besieht sich auf sämtliche städt. Lehrer. — Das Gehalt der 4 Lehrerinnen an der Mittelschule wird von 1,200 auf 1,350 Mark erhöht. — Unter Tit. VII. werden für Beheizung 900 und für Beleuchtung 250 Mark ausgesetzt. Kaufmann W. Kronthal macht bei dieser Gelegenheit Mitteilung über eine vom Stadtinspektor Albold aufgestellte Zusammenstellung betr. den Verbrauch an Brennstoffen in den städtischen Schullokalen; danach stellt sich derselbe für einen Osen unter gewöhnlichen Verhältnissen auf 30 Mark jährlich heraus.

Über den Etat für die Realschule berichtet Rechtsanwalt Müsel. Derselbe weist zunächst auf den Jahr für Jahr wachsenden Zuschuß für die Realschule hin; derselbe betrug im Jahre 1854: 4,919 Thaler; 1861: 7,368 Thaler; 1873: 43,065 Mark; 1874: 52,636 Mark; 1875: 54,076 Mark; 1876 nach dem Etat 63,789 Mark und pro 1877/78 werden bereits 66,000 Mark beansprucht. Dieser Zuschuß steht eine stetige Abnahme der Schülerzahl gegenüber. Da die mittellose Stadtgemeinde Posen nicht die Aufgabe haben könnte, eine höhere Lehranstalt zu unterhalten, beantragt demgemäß der Referent, die Versammlung möge den Magistrat in seinem Betriebe, die Anstalt auf den Staat übergeben zu lassen, unterstützen. Nachdem auch Dr. Wasner sich in diesem Sinne ausgesprochen, wird der Antrag des Rechtsanw. Müsel angenommen; ebenso ein anderer von demselben Betreff der Errichtung von Turnhallen für die Realschule und die anderen städtischen Lehranstalten eine Vorlage zugehen lassen. — Unter Tit. IV. der Einnahme des Etats für die Realschule wird das Schulgeld auf 2250 M. geringer angesetzt, als pro 1877. Unter Tit. I. der Ausgabe werden dem Pedell an Gehalt 810 M., dem Schüdner 480 M. ausgesetzt. Das Gehalt der 3 Lehrer an der Realschule wird um je 150 M. erhöht.

Im Etat der Bürgerschule, über welchen Banddirektor Käfowitz berichtet, werden unter Titel IV. der Einnahme die Hebungen von Schülern und Schülerinnen um 309 M. höher als pro 1876 angesetzt. — Von den Lehrern ist Dr. Haase, welcher die Mittelschullehrer-Prüfung abgelegt hatte und mit Wohnungsgeld-Zuschuß ein Gehalt von 1950 M. bezog, ausgeschieden. Der Magistrat beantragt, die dadurch erledigte 5 Lehrerstellen, welche nach einem früheren Beschuß für einen höher gebildeten Lehrer errichtet wurde, Herrn Grotian, welcher gleichfalls die Mittelschullehrer-Prüfung abgelegt und sich um diese Stelle beworben hat, zu übertragen. Die Finanzkommission jedoch hat sich für Ablehnung dieses Antrages ausgesprochen. Auf Antrag des Dr. W. Käfowitz bestieß die Versammlung die Überweisung der Angelegenheit zunächst an die Schulkommission. — Die Lehrer, welche die Stellen 9—15 inne haben, müssen gemäß der Gehaltsstala pro 1877/78 um je 75 M. auf die Gehälter der jüngsten Lehrer werden gemäß dem obigen Beschuß erhöht, ebenso werden die Gehälter der 4 Lehrerinnen um 150 M. erhöht. — Kaufmann W. Käfowitz weist bei dieser Gelegenheit darauf hin, daß die Anzahl der Lehrer an der Bürgerschule eine verhältnismäßig hohe sei, indem dieselben nicht so viele Stunden wöchentlich (26—32) ertheilen, wie es durch die Oberpräsidial-Bestimmung vorgeschrieben ist, und daß demgemäß die Stadt eine erhebliche Ersparnis durch Verminderung der Anzahl der Lehrer bei Übertragung einer höheren Stundenzahl würde erzielen können. — Ober-Bürgermeister Kohleis weist bei dieser Gelegenheit eine verhältnismäßig hohe Anzahl der Lehrer an der Bürgerschule eine verhältnismäßig hohe auf, indem dieselben nicht so viele Stunden wöchentlich (26—32) ertheilen, wie es durch die Oberpräsidial-Bestimmung vorgeschrieben ist, und daß demgemäß die Stadt eine erhebliche Ersparnis durch Verminderung der Anzahl der Lehrer bei Übertragung einer höheren Stundenzahl würde erzielen können. — Ober-Bürgermeister Kohleis weist bei dieser Gelegenheit eine verhältnismäßig hohe Anzahl der Lehrer an der Bürgerschule eine verhältnismäßig hohe auf, indem dieselben nicht so viele Stunden wöchentlich (26—32) ertheilen, wie es durch die Oberpräsidial-Bestimmung vorgeschrieben ist, und daß demgemäß die Stadt eine erhebliche Ersparnis durch Verminderung der Anzahl der Lehrer bei Übertragung einer höheren Stundenzahl würde erzielen können. — Ober-Bürgermeister Kohleis weist bei dieser Gelegenheit eine verhältnismäßig hohe Anzahl der Lehrer an der Bürgerschule eine verhältnismäßig hohe auf, indem dieselben nicht so viele Stunden wöchentlich (26—32) ertheilen, wie es durch die Oberpräsidial-Bestimmung vorgeschrieben ist, und daß demgemäß die Stadt eine erhebliche Ersparnis durch Verminderung der Anzahl der Lehrer bei Übertragung einer höheren Stundenzahl würde erzielen können. — Ober-Bürgermeister Kohleis weist bei dieser Gelegenheit eine verhältnismäßig hohe Anzahl der Lehrer an der Bürgerschule eine verhältnismäßig hohe auf, indem dieselben nicht so viele Stunden wöchentlich (26—32) ertheilen, wie es durch die Oberpräsidial-Bestimmung vorgeschrieben ist, und daß demgemäß die Stadt eine erhebliche Ersparnis durch Verminderung der Anzahl der Lehrer bei Übertragung einer höheren Stundenzahl würde erzielen können. — Ober-Bürgermeister Kohleis weist bei dieser Gelegenheit eine verhältnismäßig hohe Anzahl der Lehrer an der Bürgerschule eine verhältnismäßig hohe auf, indem dieselben nicht so viele Stunden wöchentlich (26—32) ertheilen, wie es durch die Oberpräsidial-Bestimmung vorgeschrieben ist, und daß demgemäß die Stadt eine erhebliche Ersparnis durch Verminderung der Anzahl der Lehrer bei Übertragung einer höheren Stundenzahl würde erzielen können. — Ober-Bürgermeister Kohleis weist bei dieser Gelegenheit eine verhältnismäßig hohe Anzahl der Lehrer an der Bürgerschule eine verhältnismäßig hohe auf, indem dieselben nicht so viele Stunden wöchentlich (26—32) ertheilen, wie es durch die Oberpräsidial-Bestimmung vorgeschrieben ist, und daß demgemäß die Stadt eine erhebliche Ersparnis durch Verminderung der Anzahl der Lehrer bei Übertragung einer höheren Stundenzahl würde erzielen können. — Ober-Bürgermeister Kohleis weist bei dieser Gelegenheit eine verhältnismäßig hohe Anzahl der Lehrer an der Bürgerschule eine verhältnismäßig hohe auf, indem dieselben nicht so viele Stunden wöchentlich (26—32) ertheilen, wie es durch die Oberpräsidial-Bestimmung vorgeschrieben ist, und daß demgemäß die Stadt eine erhebliche Ersparnis durch Verminderung der Anzahl der Lehrer bei Übertragung einer höheren Stundenzahl würde erzielen können. — Ober-Bürgermeister Kohleis weist bei dieser Gelegenheit eine verhältnismäßig hohe Anzahl der Lehrer an der Bürgerschule eine verhältnismäßig hohe auf, indem dieselben nicht so viele Stunden wöchentlich (26—32) ertheilen, wie es durch die Oberpräsidial-Bestimmung vorgeschrieben ist, und daß demgemäß die Stadt eine erhebliche Ersparnis durch Verminderung der Anzahl der Lehrer bei Übertragung einer höheren Stundenzahl würde erzielen können. — Ober-Bürgermeister Kohleis weist bei dieser Gelegenheit eine verhältnismäßig hohe Anzahl der Lehrer an der Bürgerschule eine verhältnismäßig hohe auf, indem dieselben nicht so viele Stunden wöchentlich (26—32) ertheilen, wie es durch die Oberpräsidial-Bestimmung vorgeschrieben ist, und daß demgemäß die Stadt eine erhebliche Ersparnis durch Verminderung der Anzahl der

E. Aus dem Kreise Schröda. 6. März. [S. König-Luisen-Verein.] Am 2. d. M. fand unter Vorsitz des Kreis-Schulinspektors Globel in Schröda im Hüttnerschen Saale eine Generalversammlung des Königin-Luisen-Zweigvereins statt. Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung mit der Mittheilung, daß dem von ihm am 19. März v. J. gegründeten Vereine bereits 83 Mitglieder, darunter 8 Damen angehörten, und zwar 2 Aerzte, 4 Geistliche — 2 evangelische und 2 katholische — 5 Handwerker, 10 Kaufleute, 19 Staatsbeamte, 20 Gutsbesitzer und 23 Lehrer. Der Kassenbestand beträgt gegenwärtig 195 Mark, welche in biefiger Sparkasse zinsbar angelegt sind. Hierauf wurde der Anschluß des hiesigen Zweigvereins an den Königin-Luisen-Verein in Posen unter der Bedingung genehmigt, daß der von den Zweigvereinen zu erwählende Vertrauensmann zu den Sitzungen des Vorstandes des Mutter-Vereins in Posen eingeladen werden muß und vollständig stimmberechtigt ist. — Es wäre im Interesse der Sache zu wünschen, daß der Königin-Luisen-Verein in Posen sich zu einer Modifikation des § 17 seines Statuts entschließe, da sich wohl nur in diesem Falle die Lokal-Vereine in der Provinz zu einem Anschluß an den Haupt-Verein versteifen werden.

Ostrowo. 6. März. [Schulangelegenheiten.] Vom hiesigen Gymnasium wird der Oberlehrer Dr. Bmolski zum 1. April an das Gymnasium zu Wongrowitz und der Oberlehrer Dr. Galien von dort zu derselben Zeit an das hiesige Gymnasium versetzt. Die mündliche Abiturienten-Prüfung wird unter dem Vorsitz des Provinzial-Schulraths Dr. Tschackert in künftiger Woche stattfinden. — Vor sämtlichen Häusern des Marktes ist wie vor vielen Häusern der Hauptstraßen unserer Stadt ist die Trottoirlegung vollendet.

Wongrowitz. 7. März. [Die erste Abiturientenprüfung.] Seit dem fünfjährigen Bestehen der Anstalt hatten wir unter dem Vorsitz des Provinzial-Schulraths Dr. Tschackert unter dem ersten Abiturienten-Cramen. Sämtliche sechs Abiturienten bestanden gestern die mündliche Prüfung. Dieselbe weckte auch in weiteren Kreisen hier großes Interesse und der günstige Verlauf rief überall große Freude hervor.

Staats- und Volkswirtschaft.

**** Personenverkehr auf den Eisenbahnen.** Für die schlechten finanziellen Resultate des Personenverkehrs der deutschen Bahnen glaubt die Zeitung des Vereins deutscher Eisenbahn-Verwaltungen, welche sich in einem längeren Artikel mit dieser Frage beschäftigt, eine Hauptursache in unserem Klasseystem zu finden. Sie führt aus, daß sowohl die Reisenden der ersten, wie die der Militär- und Arbeiterklasse meist unter den Selbstkosten gefahren werden. Bei der 1. Klasse liegt dies aber nicht etwa in den zu niedrigen Tarifen, sondern in der beispiellos geringen Benutzung dieser Klasse, auf welche durchschnittlich z. B. bei sämtlichen preußischen Bahnen im Jahre 1875 nur 1.5 p.C. der Zahl der Reisenden und 3.1 p.C. der spezifischen Personen-Frequenz und nur 7.2 p.C. der spezifischen Personen-Einnahme entfallen, — Prozentzäume, die sich bei Abrechnung der Rheinischen Bahn, bei welcher abnorme Verhältnisse obwalten, noch wesentlich niedriger stellen würden — während der Raum, den die 1. Klasse in den Personenzügen durchschnittlich einnimmt, auf mindestens 10 p.C. zu veranschlagen ist, die Unterhaltungskosten dieser Klasse aber gewiß mindestens 25 p.C. der gesamten Unterhaltungskosten des Personen-Wagen-Parks betragen. Auf manchen Bahnen kostet die Unterhaltung der Coupé's 1. Kl. mehr leider weniger durch den Gebrauch, als durch Staub, Sonne, Maschinen-Rauch und Staub sehr rasch abgenutzt werden, allein so viel, als die 1. Kl. überhaupt Fahrgeld einbringt. Die tote Last, welche unsere Personenzüge in ihren 1. Kl. Coupé's mit sich führen, ist eine ganz außergewöhnliche. Ist die Zahl der unbefestigten Plätze in der 2. und 3. Klasse schon groß genug, so beträgt sie bei der 1. Kl. im Durchschnitt über deutlichen Bahnen gewiß mindestens 90 p.C. Die Ztg. d. P. D. E. B. reden daher der gänzlichen Beseitigung der 1. Kl. in ihrer jetzigen Gestalt mit geringen Einschränkungen das Wort und schlägt vor, die jetzige 2. Kl. in der Ausstattung, wie sie auf den norddeutschen Bahnen üblich ist — zur 1. Kl. zu erheben und dabei das Fahrgeld möglich zu erhöhen — etwa von dem jetzigen Durchschnittspreise von 45 Pf. pro Meile auf 50 Pf. Die jetzige 3. Klasse würde 2. und bliebe in Einrichtung und Fahrpreis unverändert. Ebenso die 4. Die Tagesfahrt würden alsdann 1. und 2. die Nacht-Schnellzüge nur 1. Kl. führen. Für Schnellzüge kämen allgemein etwa um 1 Pf. pro Kilometer erhöhte Taxen zur Erhebung. Die durchgehenden Personenzüge würden 1. und 2. und nur die Lokalzüge auch 3. Kl. (jetzige 4.) führen. Diese Veränderungen würden den Interessen der Bahnen und des Publikums in gleicher Weise dienen. Die Unterhaltungskosten der Personen-Wagen-Parks, die tote Last der Züge würde verringert, der ganze Bedienungs- und Billet-Apparat würde wesentlich vereinfacht, die Sortenzahl der Billette z. B. könnte um ein volles Drittel vermindert werden. Bei den Brutto-Einnahmen würde die geringe Erhöhung der Taxe der neuen 1. Kl. ein reichliches Aequivalent für den Aufschwung der bisherigen 1. Kl.-Taxen bieten. Selbstverständlich würde die Frequenz der jetzigen 2. Kl. um die der 1. wachsen und zugleich durch die Taxerhöhung erreicht werden, daß diejenigen Elemente der Gesellschaft, welche jetzt das Reisen in der 2. Klasse oft unangenehm machen, in die neue 2. Klasse gedrängt würden — dies um so sicherer, als es durch den Wegfall der 1. Klasse ermöglicht werden würde, ohne Verminderung der Schnelligkeit alle Tagesfahrtzüge mit 2 Klassen zu fahren. Das wäre zugleich eine außerordentliche Wohlthat insbesondere für das weniger bemittelte Publikum, eine Verbesserung von allgemein wirtschaftlicher Bedeutung, da durch den erheblichen Verlust an Arbeitskraft, welcher die lange Dauer der jetzigen 3. Klasse-Reisen mit sich bringt, verhindert und durch den Vorfall der theuren Reiseverpflegung die Reisekosten verringert würden.

Wien. 7. März. Die Einnahmen der französ.-österreich. Staatsbahn betrugen in der Woche vom 26. Februar bis 4. März 487,363 fl., egeben mithin gegen die entsprechende Woche des Vorjahres eine Mindererinnahme von 10,773 fl.

Vermissches.

*** Neapel.** [Der amerikanische Schwimmkünstler Ponton] hat vor einigen Tagen wieder eine merkwürdige Probe seiner Kunst abgelegt. Er durchschwamm nämlich, bekleidet mit seinem Kautschuk-Apparatus, den Meeran, welches die Insel Capri von dem Hafen von Neapel trennt, d. h. eine Distanz von 30 Kilometer, ohne einen Augenblick Ruhe zu gönnen. — Kapitän Ponton begab sich um 3 Uhr Morgens in das Wasser und gedachte, um 2 Uhr Nachmittags in Neapel anzutreffen. Aber erst um 7 Uhr 35 Minuten konnte er die Stufen östlich der Villa Nationale erreichen, obwohl der Wind und konträre Strömungen ihn von seiner Route abdrängten. Schon bald nach Beginn der Fahrt trieb ihm eine starke Strömung gegen Sorrent und später ein ziemlich heftiger Wind gegen Ischia. Kleine Dampfer und eine Menge Boote, mit amerikanischen Passagieren geschildert, folgten dem fähnigen Schwimmer auf seiner Fahrt. König Viktor Emanuel und Tausende von Zuschauern wohnten dem interessanten Schauspiel bei.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Waerner in Posen. Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Nachrichten.

Bularest. 6. März. Die Deputirtenkammer hat das Komptabilitätsgeges mit einigen Modifikationen angenommen. Bratiano hatte dasselbe als interimistischer Finanzminister vertraten.

Konstantinopel. 7. März. Die Börse hat ihren Vertretern im Auslande ein Telegramm zugehen lassen, welches die höfwilliger Weise immer von Neuem verbreiteten Gerüchte über die Gesundheit und das Privatleben des Sultans als absolut unwahr bezeichnet. — Der Ministerrath wird morgen über einige Punkte der von Montenegro aufgestellten Forderungen, welche nicht ohne Weiteres annehmbar erscheinen, in Berathung treten.

Rustschuk. 7. März. Die gemischte Kommission, welche sich nach der Insel Burgos begeben, hat nach den noch verhandelten Spuren und anderen Beweismitteln konstatiert, daß o. r. Zusammenstoß mit rumänischen Soldaten in der That auf der Insel Burgos stattgefunden hat. Hierauf wäre die Verlezung türkischen Gebiets unbefreitbar. Die Vertreter der moldo-walachischen Regierung haben unter Protesten, welche die festgestellte Thatsache nicht ändern, die Unterzeichnung des Protokolls abgelehnt. Man hofft jedoch, daß die rumänische Regierung die Verantwortlichkeit ihrer Organe anerkennen wird.

Newyork. 7. März. Die Antrittsbotschaft des Präsidenten hat auch im Süden den besten Eindruck gemacht. — Im Senate in Washington sprach sich Blaine lebhaft gegen die Ansicht aus, den von den Republikanern gewählten Gouverneur von Louisiana, Packard, der mit derselben Stimmenzahl wie Hayes gewählt worden ist, fallen zu lassen. — Gestern ist in einem großen Gebäude in Bond-Street, welches hauptsächlich von Goldarbeitern und Juwelieren bewohnt war, eine Feuerbrunst ausgebrochen. Der angerichtete Schaden wird über eine Million Dollars geschätzt.

Southampton. 7. März. Der Dampfer des Norddeutschen Lloyd „Hermann“ ist aus Newyork hier angelommen.

Paris. 7. März. Graf Schuvalow ist gestern Abend hier eingetroffen und hatte heute eine längere Konferenz mit dem Herzog Decazes.

Washington. 8. März. Das neue Kabinett ist folgendermaßen zusammengesetzt: William M. Evarts aus Newyork, Staatssekretär; John Sherman (Ohio) Schatzkanzler; George W. McCrary (Iowa) Kriegsminister; Richard M. Thompson (Indiana) Marineminister; Charles Devens (Massachusetts) Generalstaatsanwalt; David M. Key (Tennessee) Postmeister; Carl Schurz (Missouri) Minister des Innern.

Athen. 7. März. Die Kammer nahm mit 70 gegen 61 Stimmen das von der Opposition in einer Pensionsfrage beantragte Misstrauensvotum an. Zwölf Deputirte enthielten sich der Abstimmung; vorausichtlich zieht das Kabinett Kommanduros seine Demission.

Angekommene Fremde.

8. März.

Tilsner's Hotel. Nachfolger Vogelsang. Die Kaufleute Alex. Kraemer, Herrmann Arnoldy, Wiss. a. Berlin, Pawelski 10. Klasse liegt dies aber nicht etwa in den zu niedrigen Tarifen, sondern in der beispiellos geringen Benutzung dieser Klasse, auf welche durchschnittlich z. B. bei sämtlichen preußischen Bahnen im Jahre

1875 nur 1.5 p.C. der Zahl der Reisenden und 3.1 p.C. der spezifischen Personen-Frequenz und nur 7.2 p.C. der spezifischen Personen-Einnahme entfallen, — Prozentzäume, die sich bei Abrechnung der Rheinischen Bahn, bei welcher abnorme Verhältnisse obwalten, noch wesentlich niedriger stellen würden — während der Raum, den die 1. Klasse in den Personenzügen durchschnittlich einnimmt, auf mindestens 10 p.C. zu veranschlagen ist, die Unterhaltungskosten dieser Klasse aber gewiß mindestens 25 p.C. der gesamten Unterhaltungskosten des Personen-Wagen-Parks betragen. Auf manchen Bahnen kostet die Unterhaltung der Coupé's 1. Kl. mehr leider weniger durch den Gebrauch, als durch Staub, Sonne, Maschinen-Rauch und Staub sehr rasch abgenutzt werden, allein so viel, als die 1. Kl. überhaupt Fahrgeld einbringt. Die tote Last, welche unsere Personenzüge in ihren 1. Kl. Coupé's mit sich führen, ist eine ganz außergewöhnliche. Ist die Zahl der unbefestigten Plätze in der 2. und 3. Klasse schon groß genug, so beträgt sie bei der 1. Kl. im Durchschnitt über deutlichen Bahnen gewiß mindestens 90 p.C. Die Ztg. d. P. D. E. B. reden daher der gänzlichen Beseitigung der 1. Kl. in ihrer jetzigen Gestalt mit geringen Einschränkungen das Wort und schlägt vor, die jetzige 2. Kl. in der Ausstattung, wie sie auf den norddeutschen Bahnen üblich ist — zur 1. Kl. zu erheben und dabei das Fahrgeld möglich zu erhöhen — etwa von dem jetzigen Durchschnittspreise von 45 Pf. pro Meile auf 50 Pf. Die jetzige 3. Klasse würde 2. und bliebe in Einrichtung und Fahrpreis unverändert. Ebenso die 4. Die Tagesfahrt würden alsdann 1. und 2. die Nacht-Schnellzüge nur 1. Kl. führen. Für Schnellzüge kämen allgemein etwa um 1 Pf. pro Kilometer erhöhte Taxen zur Erhebung. Die durchgehenden Personenzüge würden 1. und 2. und nur die Lokalzüge auch 3. Kl. (jetzige 4.) führen. Diese Veränderungen würden den Interessen der Bahnen und des Publikums in gleicher Weise dienen. Die Unterhaltungskosten der Personen-Wagen-Parks, die tote Last der Züge würde verringert, der ganze Bedienungs- und Billet-Apparat würde wesentlich vereinfacht, die Sortenzahl der Billette z. B. könnte um ein volles Drittel vermindert werden. Bei den Brutto-Einnahmen würde die geringe Erhöhung der Taxe der neuen 1. Kl. ein reichliches Aequivalent für den Aufschwung der bisherigen 1. Kl.-Taxen bieten. Selbstverständlich würde die Frequenz der jetzigen 2. Kl. um die der 1. wachsen und zugleich durch die Taxerhöhung erreicht werden, daß diejenigen Elemente der Gesellschaft, welche jetzt das Reisen in der 2. Klasse oft unangenehm machen, in die neue 2. Klasse gedrängt würden — dies um so sicherer, als es durch den Wegfall der 1. Klasse ermöglicht werden würde, ohne Verminderung der Schnelligkeit alle Tagesfahrtzüge mit 2 Klassen zu fahren. Das wäre zugleich eine außergewöhnliche Wohlthat insbesondere für das weniger bemittelte Publikum, eine Verbesserung von allgemein wirtschaftlicher Bedeutung, da durch den erheblichen Verlust an Arbeitskraft, welcher die lange Dauer der jetzigen 3. Klasse-Reisen mit sich bringt, verhindert und durch den Vorfall der theuren Reiseverpflegung die Reisekosten verringert würden.

Myltus' Hotel de Dresden. Die Rittergutsbesitzer Funk a. Mokietnica, Baarth u. Frau a. Cerevise, die Kaufleute Broders a. Paris, Sander a. Hannover, Bals a. Berlin, Tschirnholz a. Triest, Klinge a. Trefzel, Eisenstaedt a. Danzig, Ruppini a. Rawitsch, Schulze a. Bremen, Rosenfeld a. Australien, Heymann u. Holfreger a. Berlin, Förster a. Frankfurt.

Mylius' Hotel de Dresden. Die Rittergutsbesitzer Funk a. Mokietnica, Baarth u. Frau a. Cerevise, die Kaufleute Broders a. Paris, Sander a. Hannover, Bals a. Berlin, Tschirnholz a. Triest, Klinge a. Trefzel, Eisenstaedt a. Danzig, Ruppini a. Rawitsch, Schulze a. Bremen, Rosenfeld a. Australien, Heymann u. Holfreger a. Berlin, Förster a. Frankfurt. — Die Rittergutsbesitzer Funk a. Mokietnica, Baarth u. Frau a. Cerevise, die Kaufleute Broders a. Paris, Sander a. Hannover, Bals a. Berlin, Tschirnholz a. Triest, Klinge a. Trefzel, Eisenstaedt a. Danzig, Ruppini a. Rawitsch, Schulze a. Bremen, Rosenfeld a. Australien, Heymann u. Holfreger a. Berlin, Förster a. Frankfurt. — Die Rittergutsbesitzer Funk a. Mokietnica, Baarth u. Frau a. Cerevise, die Kaufleute Broders a. Paris, Sander a. Hannover, Bals a. Berlin, Tschirnholz a. Triest, Klinge a. Trefzel, Eisenstaedt a. Danzig, Ruppini a. Rawitsch, Schulze a. Bremen, Rosenfeld a. Australien, Heymann u. Holfreger a. Berlin, Förster a. Frankfurt. — Die Rittergutsbesitzer Funk a. Mokietnica, Baarth u. Frau a. Cerevise, die Kaufleute Broders a. Paris, Sander a. Hannover, Bals a. Berlin, Tschirnholz a. Triest, Klinge a. Trefzel, Eisenstaedt a. Danzig, Ruppini a. Rawitsch, Schulze a. Bremen, Rosenfeld a. Australien, Heymann u. Holfreger a. Berlin, Förster a. Frankfurt. — Die Rittergutsbesitzer Funk a. Mokietnica, Baarth u. Frau a. Cerevise, die Kaufleute Broders a. Paris, Sander a. Hannover, Bals a. Berlin, Tschirnholz a. Triest, Klinge a. Trefzel, Eisenstaedt a. Danzig, Ruppini a. Rawitsch, Schulze a. Bremen, Rosenfeld a. Australien, Heymann u. Holfreger a. Berlin, Förster a. Frankfurt. — Die Rittergutsbesitzer Funk a. Mokietnica, Baarth u. Frau a. Cerevise, die Kaufleute Broders a. Paris, Sander a. Hannover, Bals a. Berlin, Tschirnholz a. Triest, Klinge a. Trefzel, Eisenstaedt a. Danzig, Ruppini a. Rawitsch, Schulze a. Bremen, Rosenfeld a. Australien, Heymann u. Holfreger a. Berlin, Förster a. Frankfurt. — Die Rittergutsbesitzer Funk a. Mokietnica, Baarth u. Frau a. Cerevise, die Kaufleute Broders a. Paris, Sander a. Hannover, Bals a. Berlin, Tschirnholz a. Triest, Klinge a. Trefzel, Eisenstaedt a. Danzig, Ruppini a. Rawitsch, Schulze a. Bremen, Rosenfeld a. Australien, Heymann u. Holfreger a. Berlin, Förster a. Frankfurt. — Die Rittergutsbesitzer Funk a. Mokietnica, Baarth u. Frau a. Cerevise, die Kaufleute Broders a. Paris, Sander a. Hannover, Bals a. Berlin, Tschirnholz a. Triest, Klinge a. Trefzel, Eisenstaedt a. Danzig, Ruppini a. Rawitsch, Schulze a. Bremen, Rosenfeld a. Australien, Heymann u. Holfreger a. Berlin, Förster a. Frankfurt. — Die Rittergutsbesitzer Funk a. Mokietnica, Baarth u. Frau a. Cerevise, die Kaufleute Broders a. Paris, Sander a. Hannover, Bals a. Berlin, Tschirnholz a. Triest, Klinge a. Trefzel, Eisenstaedt a. Danzig, Ruppini a. Rawitsch, Schulze a. Bremen, Rosenfeld a. Australien, Heymann u. Holfreger a. Berlin, Förster a. Frankfurt. — Die Rittergutsbesitzer Funk a. Mokietnica, Baarth u. Frau a. Cerevise, die Kaufleute Broders a. Paris, Sander a. Hannover, Bals a. Berlin, Tschirnholz a. Triest, Klinge a. Trefzel, Eisenstaedt a. Danzig, Ruppini a. Rawitsch, Schulze a. Bremen, Rosenfeld a. Australien, Heymann u. Holfreger a. Berlin, Förster a. Frankfurt. — Die Rittergutsbesitzer Funk a. Mokietnica, Baarth u. Frau a. Cerevise, die Kaufleute Broders a. Paris, Sander a. Hannover, Bals a. Berlin, Tschirnholz a. Triest, Klinge a. Trefzel, Eisenstaedt a. Danzig, Ruppini a. Rawitsch, Schulze a. Bremen, Rosenfeld a. Australien, Heymann u. Holfreger a. Berlin, Förster a. Frankfurt. — Die Rittergutsbesitzer Funk a. Mokietnica, Baarth u. Frau a. Cerevise, die Kaufleute Broders a. Paris, Sander a. Hannover, Bals a. Berlin, Tschirnholz a. Triest, Klinge a. Trefzel, Eisenstaedt a. Danzig, Ruppini a. Rawitsch, Schulze a. Bremen, Rosenfeld a. Australien, Heymann u. Holfreger a. Berlin, Förster a. Frankfurt. — Die Rittergutsbesitzer Funk a. Mokietnica, Baarth u. Frau a. Cerevise, die Kaufleute Broders a. Paris, Sander a. Hannover, Bals a. Berlin, Tschirnholz a. Triest, Klinge a. Trefzel, Eisenstaedt a. Danzig, Ruppini a. Rawitsch, Schulze a. Bremen, Rosenfeld a. Australien, Heymann u. Holfreger a. Berlin, Förster a. Frankfurt. — Die Rittergutsbesitzer Funk a. Mokietnica, Baarth u. Frau a. Cerevise, die Kaufleute Broders a. Paris, Sander a. Hannover, Bals a. Berlin, Tschirnholz a. Triest, Klinge a. Trefzel, Eisenstaedt a. Danzig, Ruppini a. Rawitsch, Schulze a. Bremen, Rosenfeld a. Australien, Heymann u. Holfreger a. Berlin, Förster a. Frankfurt. — Die Rittergutsbesitzer Funk a. Mokietnica, Baarth u. Frau a. Cerevise, die Kaufleute Broders a. Paris, Sander a. Hannover, Bals a. Berlin, Tschirnholz a. Triest, Klinge a. Trefzel, Eisenstaedt a. Danzig, Ruppini a. Rawitsch, Schulze a. Bremen, Rosenfeld a. Australien, Heymann u. Holfreger a. Berlin, Förster a. Frankfurt. — Die Rittergutsbesitzer Funk a. Mokietnica, Baarth u. Frau a. Cerevise, die Kaufleute Broders a. Paris, Sander a. Hannover, Bals a. Berlin, Tschirnholz a. Triest, Klinge a. Trefzel, Eisenstaedt a. Danzig, Ruppini a. Rawitsch, Schulze a. Bremen, Rosenfeld a. Australien, Heymann u. Holfreger a. Berlin, Förster a. Frankfurt. — Die Rittergutsbesitzer Funk a. Mokietnica, Baarth u. Frau a. Cerevise, die Kaufleute Broders a. Paris, Sander a. Hannover, Bals a. Berlin, Tschirnholz a. Triest, Klinge a. Trefzel, Eisenstaedt a. Danzig, Ruppini a. Rawitsch, Schulze a. Bremen, Rosenfeld a. Australien, Heymann u. Holfreger a. Berlin, Förster a. Frankfurt. — Die Rittergutsbesitzer Funk a. Mokietnica, Baarth u. Frau a. Cerevise, die Kaufleute Broders a. Paris, Sander a. Hannover, Bals a. Berlin, Tschirnholz a. Triest, Klinge a. Trefzel, Eisenstaedt a. Danzig, Ruppini a. Rawitsch, Schulze a. Bremen, Rosenfeld a. Australien, Heymann u. Holfreger a. Berlin, Förster a. Frankfurt. — Die Rittergutsbesitzer Funk a. Mokietnica, Baarth u. Frau a. Cerevise, die Kaufleute Broders a. Paris, Sander a. Hannover, Bals a. Berlin, Tschirnholz a. Triest, Klinge a. Trefzel, Eisenstaedt a. Danzig, Ruppini a. Rawitsch, Schulze a. Bremen, Rosenfeld a. Australien, Heymann u. Holfreger a. Berlin, Förster a. Frankfurt. — Die Rittergutsbesitzer Funk a. Mokietnica, Baarth u. Frau a. Cerevise, die Kaufleute Broders a. Paris, Sander a. Hannover, Bals a. Berlin, Tschirnholz a. Triest, Klinge a. Trefzel, Eisenstaedt a. Danzig, Ruppini a. Rawitsch, Schulze a. Bremen, Rosenfeld a. Australien, Heymann u. Holfreger a. Berlin, Förster a. Frankfurt. — Die Rittergutsbesitzer Funk a. Mokietnica, Baarth u. Frau a. Cerevise, die Kaufleute Broders a. Paris, Sander a. Hannover, Bals a. Berlin, Tschirnholz a. Triest, Klinge a. Trefzel, Eisenstaedt a. Danzig, Ruppini a. Rawitsch, Schulze a. Bremen, Rosenfeld a. Australien, Heymann u. Holfreger a. Berlin, Förster a. Frankfurt. — Die Rittergutsbesitzer Funk a. Mokietnica, Baarth u. Frau a. Cerevise, die Kaufleute Broders a. Paris, Sander a. Hannover, Bals a. Berlin, Tschirnholz a. Triest, Klinge a. Trefzel, Eisenstaedt a. Danzig, Ruppini a. Rawitsch, Schulze a. Bremen, Rosenfeld a. Australien, Heymann u. Holfreger a. Berlin, Förster a. Frankfurt. — Die Rittergutsbesitzer Funk a. Mokietnica, Baarth u. Frau

Produkten-Börse.

Berlin, 7. März. Wind: Nord. Barometer: 27,9. — Thermometer: 1° R. Witterung: Feucht. Weizen loto per 1000 Kilogr. M. 195—235 nach Dual. gef., per diesen Monat —, per April-Mai 221,5—223,5 bez., per Mai-Juni 222,00—223,00 bez., per Juni-Juli 223,5—224,5 bez. — Roggen loto per 1000 Kilogr. 153—183 nach Qualität gef., russischer 161 bis 162 ab Boden bez., neuer do. 153—162, do. poln. —, inländischer 176—183 ab Bahn bez., defekter — do., per diesen Monat 161,5 bez., per März-April do., per April-Mai 161,5—162,5 bez., per Mai-Juni 159,5—160,00 bez., per Juni-Juli 158,5—159,00 bez. — Gerste loto per 1000 Kilogr. M. 115—183 nach Qualität gef. — Hafer loto per 1000 Kilogr. 120—168 nach Dual. gef., ost- u. westpreußischer 135 bis 155, russischer 125—150, neuer pommerscher 160—164, neuer schles. 153—162, galizischer —, böhm. 158—162, ungar. 140—142, defekter — per diesen Monat — per April-Mai 152,00—153,00—152,5 bez., per Mai-Juni 153,00—153,5 bez., per Juni-Juli 154,5 bez., per Juli-August —. — Ersben per 1000 Kilogr. Kochwaren 151—186 nach Dual, Futterwaren 135—150 nach Dual. — Raps per 1000 Kilogr. —. — Rübsen —. — Leinsöl loto per 100 Kilo 100 Kilogramm ohne Fäss 60,00 M. — Rübsöl per 100 Kilogr. loto ohne Fäss 69,00 bez., mit Fäss per diesen Monat 69,00 bez., per März-April do., per April-Mai 69,00—68,4 bez., per Mai-Juni 68,2 bis 67,5 bez., per Juni-Juli —, per September-Oktober 66,5—66,3 bez., per Oktober-November — bez. — Petroleum (raff.) (Stand-white) per 100 Kilogr. mit Fäss loto 37,00 bez., verdiene Monat 32,00—30,4 bez., per Februar-März — bez., per März-April 31,00 bis 30,00 bez., per April-Mai do., per September-Oktober 32,00 bez. — Spiritus per 100 Liter a 100 pEt. = 10,000 pEt. loto ohne Fäss 54,00 bez., loto mit Fäss 54,00 bez., per diesen Monat 54,6 bez., per März-April do., per April-Mai 55,6—55,3—55,4 bez., per Mai-Juni 55,8—55,7 bez., per Juni-Juli 56,7 bez., per Juli-August

Berlin, 7. März. Der heutige Verkehr eröffnete in Folge einer mehr kriegerischen Auffassung der politischen Verhältnisse und im Anschluß an weniger feste Meldungen von außerhalb matt. Dabei herrschte auf den meisten Gebieten die größte Geschäftslösigkeit, beide Parteien verbreiteten sich in Erwartung bestimmter Nachrichten abwarten. Kreditaktien stellten sich ebenso wie Franzosen, welche auf pariser Meldungen stark angeboten waren, sofort 2 Mark unter den gestrigen Schluss. Lombarden blieben vernachlässigt. Recht matt waren auch fremde Renten, Goldrente und englisch-russische Anleihen an der Spitze. Doch trat auf dem internationalen Markt bereits nach Verlauf der ersten halben Stunde eine bessere Strömung ein, welche namentlich auf Franzosen und Kreditaktien günstig wirkte. Besonders

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 7. März 1877. Preußische Fonds und Geld-Course.

	Pomm. III. r. 100	5	100,75	bz
Pr. S.-G.-Br. fd.	5	100,10	G	
do. unt. rückz. 110	5	103,00	bz	G
do. do.	100	5	101,00	bz
Pr. G.-B.-Pfd. fd.	4½	100,70	G	
do. unt. rückz. 110	5	106,80	bz	G
do. (1872 u. 74)	4½			
D. Hyp. A.-B. 120	4½	99,25	bz	G
do. do.	5	101,00	bz	G
Schles.-Bod.-Gred.	5	100,10	G	
do. do.	4½	94,25	G	
Stett. Nat.-Hyp.	5	101,25	bz	G
do. do.	4½	98,25	bz	G
Kruppsche Oblig.	5	105,25	bz	G
Ausländische Fonds.				
Amerik. rdg. 1881	6	105,40	G	
do. do.	8	100,10	G	
do. Bds. (fund.)	5	103,30	bz	
Norweg. Ank.	4½			
New-Yor. Sids. 6		103,50	B	
do. Goldanl.	7	106,75	bz	G
Dest. Gold-Rente	7	61,00	B	
Dest. Pap.-Rente	4½	51,70	G	
do. Silb.-Rente	4	55,40	bz	
do. 250 fl. 1854	5	93,75	B	
do. Cr. 100 fl. 1858	5	301,00	B	
do. do. v. 1860	5	97,20	bz	G
do. v. 1864	5	250,25	bz	G
do. v. 1864	5	67,80	B	
do. do. 101,70	bz	136,90	bz	G
do. do. 94,30	bz	84,90	bz	
do. Schlesch. 1	6	—	bz	
do. do. kleine 6	8	84,00	bz	
do. do. 11. 5	79,90	bz	G	
Italienische Rente	5	—	bz	B
do. Latal.-Obl. 6		102,90	B	
Rumäniens	8	84,00	bz	
Finnische Rente	8	38,10	G	
do. do. 80,20	bz			
Russ. Centr.-Bod.	5			
do. Engl. A. 1822	5			
Russ. Engl. A. 1822	5	83,00	bz	B
do. do. A. v. 1862	5	56,75	bz	
Russ. Russ. fund. A. 1870	5	83,25	bz	
Russ. conf. A. 1871	5	83,25	bz	
do. do. 1872	5	82,25	bz	
do. do. 1873	5	83,40	bz	
do. Bod.-Credit	5	79,75	bz	
do. Pr. A. v. 1864	5	153,25	bz	B
do. do. v. 1866	5	153,25	bz	
Rumänien	8	84,00	bz	
Finnische Rente	8	38,10	G	
Russ. Centr.-Bod.	5	80,20	bz	
do. Engl. A. 1822	5			
Russ. Russ. fund. A. 1870	5			
Russ. conf. A. 1871	5			
do. do. 1872	5			
do. do. 1873	5			
do. Bod.-Credit	5			
do. Pr. A. v. 1864	5			
do. do. v. 1866	5			
Rumänien	8			
Finnische Rente	8			
Russ. Centr.-Bod.	5			
do. Engl. A. 1822	5			
Russ. Russ. fund. A. 1870	5			
Russ. conf. A. 1871	5			
do. do. 1872	5			
do. do. 1873	5			
do. Bod.-Credit	5			
do. Pr. A. v. 1864	5			
do. do. v. 1866	5			
Rumänien	8			
Finnische Rente	8			
Russ. Centr.-Bod.	5			
do. Engl. A. 1822	5			
Russ. Russ. fund. A. 1870	5			
Russ. conf. A. 1871	5			
do. do. 1872	5			
do. do. 1873	5			
do. Bod.-Credit	5			
do. Pr. A. v. 1864	5			
do. do. v. 1866	5			
Rumänien	8			
Finnische Rente	8			
Russ. Centr.-Bod.	5			
do. Engl. A. 1822	5			
Russ. Russ. fund. A. 1870	5			
Russ. conf. A. 1871	5			
do. do. 1872	5			
do. do. 1873	5			
do. Bod.-Credit	5			
do. Pr. A. v. 1864	5			
do. do. v. 1866	5			
Rumänien	8			
Finnische Rente	8			
Russ. Centr.-Bod.	5			
do. Engl. A. 1822	5			
Russ. Russ. fund. A. 1870	5			
Russ. conf. A. 1871	5			
do. do. 1872	5			
do. do. 1873	5			
do. Bod.-Credit	5			
do. Pr. A. v. 1864	5			
do. do. v. 1866	5			
Rumänien	8			
Finnische Rente	8			
Russ. Centr.-Bod.	5			
do. Engl. A. 1822	5			
Russ. Russ. fund. A. 1870	5			
Russ. conf. A. 1871	5			
do. do. 1872	5			
do. do. 1873	5			
do. Bod.-Credit	5			
do. Pr. A. v. 1864	5			
do. do. v. 1866	5			
Rumänien	8			
Finnische Rente	8			
Russ. Centr.-Bod.	5			
do. Engl. A. 1822	5			
Russ. Russ. fund. A. 1870	5			
Russ. conf. A. 1871	5			
do. do. 1872	5			
do. do. 1873	5			
do. Bod.-Credit	5			
do. Pr. A. v. 1864	5			
do. do. v. 1866	5			
Rumänien	8			
Finnische Rente	8			
Russ. Centr.-Bod.	5			
do. Engl. A. 1822	5			
Russ. Russ. fund. A. 1870	5			
Russ. conf. A. 1871	5			
do. do. 1872	5			
do. do. 1873	5			
do. Bod.-Credit	5			
do. Pr. A. v. 1864	5			
do. do. v. 1866	5			
Rumänien	8			
Finnische Rente	8			
Russ. Centr.-Bod.	5			
do. Engl. A. 1822	5			
Russ. Russ. fund. A. 1870	5			
Russ. conf. A. 1871	5			
do. do. 1872	5			
do. do. 1873	5			
do. Bod.-Credit	5			
do. Pr. A. v. 1864	5			
do. do. v. 1866	5			
Rumänien	8			
Finnische Rente	8			
Russ. Centr.-Bod.	5			
do. Engl. A. 1822	5			
Russ. Russ. fund. A. 1870	5			
Russ. conf. A. 1871	5			
do. do. 1872	5			
do. do. 1873	5			
do. Bod.-Credit	5			
do. Pr. A. v. 1864	5			
do. do. v. 1866	5			
Rumänien	8			